

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

AKTUELL

Ostschweizer Kantone bei Bundesrat abgeblitzt

Bern (AP). An einem Treffen mit einer dreiköpfigen Delegation des Bundesrats haben sich am Mittwochabend Vertreter der Ostschweizer Kantone über die Benachteiligung ihrer Region beklagt. Es sei staatspolitisch bedenklich, dass Regionen, die ihre Forderungen lauthals vorbringen und Druck machten, bevorzugt würden. Gemäss einer Mitteilung, die von der Staatskanzlei des Kantons St. Gallen verbreitet wurde, pochten die Ostschweizer Regierungsvertreter vehement auf die Gleichbehandlung ihrer Region und lehnten weitere Zugeständnisse an andere Landesteile ab. Die Ostschweiz habe nie eine Sonderbehandlung verlangt, doch die jüngsten Entscheide des Bundesrats hätten nun «die Grenze des Zumutbaren klar überschritten». Als Beispiele für derartige Benachteiligungen werden in der Mitteilung neben der Planung der Neat und von Bahn 2000 auch die Prämienverbilligung bei den Krankenkassen, die Dezentralisierung der Bundesverwaltung, die Unterververtretung in Kommission des Bundes, die Radioversorgung, die Politik von PTT und Telecom sowie auch die Kreditzuteilung für National- und Hauptstrassen genannt.

Doch Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz hat die Klagen der Ostschweizer Kantonsvertreter zurückgewiesen. Der Bundesrat sei in seiner Politik vielmehr daran gehalten, das Gleichgewicht zwischen allen Regionen zu bewahren, sagte er gemäss einer im Anschluss an das Treffen veröffentlichten Mitteilung der Bundeskanzlei.

Krankenkassen-Affäre: Nur Abweichung von 3,5 Prozent?

Vorwurf an Regierungsrat Michael Ritter wegen «Arroganz und Selbstherrlichkeit» im Landtag – Frage nach der politischen Verantwortung

(G.M.) – Sind in der Krankenkassen-Affäre nur die budgetierten 3,5 Mio. Fr. zuviel an Staatssubventionen im Spiel oder handelt es sich um einen grösseren Betrag? Warum nimmt Regierungsrat Michael Ritter als zuständiger Ressortinhaber die politische Verantwortung nicht wahr? Dies sind nur zwei Fragen, die im Rahmen der Budget-Debatte im Raum stehen blieben.

Die Regierung nahm in das Budget 1997 einen Betrag von 3,5 Mio. Fr. auf, der als «Rückzahlung» zuviel bezogener Staatssubventionen durch Krankenkassen aufscheint. Die Stellungnahme des zuständigen Ressortinhabers, Regierungsrat Michael Ritter, zu dieser Affäre bezeichnete der FBPL-Abgeordnete Gebhard Hoch als «schlichtweg unhaltbar». Er kritisierte, dass der Regierungsrat die Affäre zu verharmlosen suche, obwohl die Kontrolle eindeutig versagt habe. Die Schuld schiebe Regierungsrat Ritter einfach den Revisionsstellen der betroffenen Krankenkassen zu. Von politischer Verantwortung habe er wohl noch nie was gehört, sonst könnte er nicht sagen, dass er seine Verantwortung als Ressortinhaber wahrgenommen habe. «In einer solchen Aussage und in Kenntnis des Vorgefallenen widerspiegelt sich die Arroganz und Selbstherrlichkeit», unterstrich der FBPL-Abgeordnete Hoch, «die bei einzelnen Regierungsmitgliedern leider immer wieder festzustellen ist.»

Regierungsrat Michael Ritter versuchte das Ausmass des «Schadens» zu erläutern. Der Staat habe die Krankenkassen



Im Verlaufe der Budget-Debatte kam gestern im Landtag auch die Krankenkassen-Affäre zur Sprache. Die Regierung budgetierte 3,5 Mio. an «Rückzahlungen» zuviel bezogener Subventionen einzelner Krankenkassen. Der FBPL-Abgeordnete Rudolf Lampert warf die Frage nach der strafrechtlichen Verantwortung auf.

mit rund 100 Mio. Fr. in den Jahren 1990 bis 1994 subventioniert. Die budgetierten 3,5 Mio. Fr. würden somit einer «Abweichung» von nur 3,5 Prozent entsprechen. In einer kurzen Stellungnahme bezeichnete der FBPL-Abgeordnete Gebhard Hoch diese Feststellung als eine Verharmlosung, denn es ginge immerhin um 3,5 Mio. Fr. aus staatlichen Geldern.

Nur finanzielle Aspekte seien bisher in dieser Affäre angesprochen worden, bemängelte der FBPL-Abgeordnete Rudolf Lampert. Er forderte dazu auf, die Angelegenheit auch in strafrechtlicher Hinsicht zu untersuchen, ansonsten entstehe der Eindruck: «Die Kleinen hängt man, die Grossen lässt man laufen.» Gespannt erwarteten die Abgeordneten die

Wortmeldung von VU-Abgeordneten Oswald Kranz, der sich ebenfalls zu Worte gemeldet hatte.

Doch anstatt auf die Affäre einzugehen, polemisierte der sich bei einer Krankenkasse in wichtiger Position befindliche VU-Präsident ganz allgemein gegen finanzpolitische Äusserungen der FBPL-Abgeordneten.

VU schmetterte Finanz-Untersuchung ab

Seltsames Verhalten der VU-Mehrheitsfraktion gegenüber einem FBPL-Postulat zu Gemeindefinanzen

(G.M.) – Der Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden ist zu einem Dauerbrenner für das Parlament geworden, weil jede Änderung des durch viele kleine Anpassungen äusserst kompliziert gewordenen Gleichgewichtssystems zu Bevorzugungen oder Benachteiligungen einzelner Gemeinden führt. Aus unerklärlichen Gründen schmetterte die VU-Fraktion gestern ein FBPL-Postulat im Landtag ab, das eine Untersuchung des Finanzausgleichs und der Gemeindefinanzen forderte.

Abgeordneter beider Fraktionen zeigten sich bei der Verabschiedung der letzten Anpassung des Finanzausgleichs unzufrieden mit dem Vorgehen, erneute kleine Revision statt einer Gesamtrevision durchgeführt zu haben. Aufgrund dieser Tatsache reichte die FBPL-Fraktion ein Postulat ein und forderte «eine umfassende Untersuchung über die Finanzlage der Gemeinden, die Aufgaben- und Kostenteilung zwischen Land und Gemeinden, die Aufteilung der Steuereinnahmen sowie des Finanzausgleichs». Auf der Grundlage dieser Unter-

suchung sollte ein wirkungsorientiertes Konzept ausgearbeitet werden, das eine einkommens- und ausgabengerechte Aufteilung der öffentlichen Mittel vornimmt und gleichzeitig auch die erforderliche Finanzkraft für die Gemeinden sicherstellt.

Auch VU-Abgeordnete, die sich bei der Verabschiedung der letzten Änderung kritisch mit dem bestehenden System des Finanzausgleichs auseinandergesetzt hatten, zeigten sich in der Debatte über das FBPL-Postulat wieder linientreu. Offenbar war in der VU-Fraktion die Richtlinie ausgegeben worden, das Finanz-Postulat zur Strecke zu bringen. Nicht einmal die Frage des FL-Abgeordneten Paul Vogt, was denn eigentlich gegen eine umfassende Untersuchung der Gemeindefinanzen und des Finanzausgleichs einzuwenden sei, konnte die VU-Abgeordneten von ihrer Linie abbringen.

VU-Präsident Oswald Kranz, der sich noch bei der letzten Beratung als Sprecher der Unterländer Abgeordneten für die bessere Berücksichtigung der Weiter-Gemeinden Eschen-Nendeln und Mau-

ren-Schaanwald eingesetzt hatte, sprach sich entschieden gegen die Untersuchung aus. Seine ablehnende Haltung dürfte mit dazu beitragen, dass diese Unterländer Gemeinden beim Finanzausgleich wahrscheinlich benachteiligt bleiben, zumal die Untersuchung gerade die besondere Situation der einzelnen Gemeinden berücksichtigen sollte. Unterschiedlich zu seinen bisherigen Äusserungen auch der VU-Abgeordnete Lorenz Heeb, der seine Ablehnung damit untermauerte, die kürzlich beschlossene Änderung sollte zuerst Schwachpunkte aufzeigen, bevor eine Untersuchung durchgeführt werde.

Nach der Ablehnung des FBPL-Postulats bleiben jene drei Kriterien unberücksichtigt, die massgeblich wären für einen zeitgemässen Finanzausgleich: Steuerausgleich mit wettbewerbsgerechter Einnahmeverteilung, aufwandgerechter Ausgabenausgleich mit Berücksichtigung spezifisch begründeter Mehrkosten in den Verwaltungsbereichen sowie Lastenausgleich bei besonderem Mittel- und Investitionsbedarf.

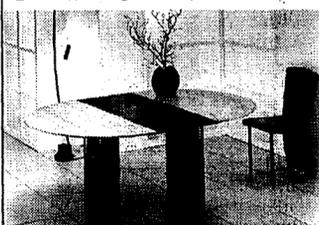
Budget 1997 genehmigt

(G.M.) – Der Landtag befasste sich gestern einige Stunden lang mit dem Budget 1997 und verabschiedete den von der Regierung vorgelegten Voranschlag mit geringen Änderungen einhellig.

Die grösste Änderung schlug die Regierung vor: Die Mehrwertsteuer soll im kommenden Rechnungsjahr nicht 94 Mio. Fr. einbringen, wie ursprünglich budgetiert, sondern 102 Mio. Fr. Der von der Regierung unterbreitete Entwurf weist in der laufenden Haushaltrechnung bei Erträgen von 601,1 Mio. Fr. und Aufwendungen von 522,3 Mio. Fr. ein Brutto-Ergebnis von 78,8 Mio. Fr. auf. Mit Abschreibungen in Höhe von 46,9 Mio. Fr. und dem Ertragsüberschuss von 31,8 Mio. Fr. stehen genügend Mittel zur Verfügung, um die Investitionen im Ausmass von knapp 80 Mio. Fr. ohne Fremdmittel zu finanzieren.

Mehr über die Budgetdebatte auf unseren Landtagsseiten.

DESIGN TISCHE



... alle Holzarten



... jedes Mass



... jede Form

THONY
▲ WOHNEN
FL-9494 Schaan • Bahnhofstrasse 16
Tel.: 075/237 41 41 • Fax: 075/237 41 42

Negative Schere in der Finanzplanung

Der Landtag nahm gestern Abend den Finanzplan der Regierung für die Jahre 1997 bis 2001 zur Kenntnis

(G.M.) – «Die Finanzlage unseres Landes präsentiert sich nach wie vor in einem ausgezeichneten Zustand», gibt sich die Regierung im Bericht zur Finanzplanung 1997 – 2001 überzeugt. Der Landtag war teilweise anderer Meinung, denn die negative Schere der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung setzt sich im Planungszeitraum fort.

Der Präsident der Finanzkommission, der VU-Abgeordnete Egön Gstöhl, sprach vom «Staatshaushalt in exzellenter Verfassung», was eine Selbstfinanzierung der Investitionsvorhaben zu praktisch 100 Prozent erlaube. Sollte diese Möglichkeit nicht mehr bestehen, so

könnte er sich angesichts tiefer Zinsen auf dem Kapitalmarkt durchaus eine teilweise Fremdfinanzierung von Investitionsprojekten vorstellen. Auf den Scherenbewegung zwischen Einnahmen- und Ausgabenentwicklung wies der der FBPL-Abgeordnete Gebhard Hoch hin, der erneut das versprochene finanzpolitische Leitbild der Regierung vermisste. Er machte einen Vergleich zwischen den Vorstellungen der VU in ihrem Wahlprogramm und den Aussagen der «Zukunftswerkstatt Liechtenstein» zur Finanzpolitik. Dabei gelangte er zum Schluss: «Wenn vielerorts gesagt wird, die Parteien würden sich ja doch kaum

unterscheiden, so stimmt das mit Sicherheit nicht in bezug auf die Finanzpolitik. Hier unterscheiden wird uns klar.» Er fragte Regierungschef Mario Frick, weshalb die Teilprivatisierung der Liechtensteinischen Kraftwerke nicht durchgeführt werde und die Grundsätze der modernen Verwaltungsführung nicht umgesetzt würden. In die gleiche Kerbe schlug der FBPL-Abgeordnete Alois Beck, der anfragte, nach welchen Kriterien die Finanzplanung erstellt werde, nachdem das Finanzleitbild noch nicht vorliege. Überdies wollte er wissen, wie es mit der seit 1993 versprochenen Privatisierung von Dienstleistungsbereichen stehe.

latavola

Das gemütliche Antipasti Lokal

10.00 Uhr bis 12.00 Uhr

075/237 41 41